

gangenheit bestanden un gerechtfertigten Privilegien und Sonderrechte ein für allemal ausgeräumt werden.

Die ZPKK leitete Parteiverfahren gegen Erich Honecker und Günter Mittag ein. Dabei konnte das Parteiverfahren gegen Erich Honecker zunächst nicht vollzogen werden, da die behandelnden Ärzte auf die Verhandlungsunfähigkeit Erich Honeckers hinwiesen. Dennoch wurde er telefonisch über diesen Beschluß der ZPKK in Kenntnis gesetzt.

Nach der Veröffentlichung der Tagung der ZPKK im „ND“ bat Erich Honecker um ein Gespräch, das der Vorsitzende der ZPKK mit ihm führte.²¹¹ Dieses Gespräch hatte mehr den Charakter eines Monologes, indem Erich Honecker ein längeres Schriftstück verlas mit Hinweis auf Konzentrationsschwierigkeiten. Dieses Schreiben stellte er zu einem späteren Zeitpunkt der ZPKK zu. Darin sind u. a. folgende Grundgedanken enthalten: „Ich übernehme die volle Verantwortung für die entstandene Lage, die um so stärker ins Gewicht fällt, da ich die Funktionen des Generalsekretärs, des Vorsitzenden des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates über lange Zeit ausübte. (...) Ich erkläre, daß der in der Politbürositzung gegen mich und andere erhobene Vorwurf, die kritische Einschätzung der ernsten Lage in der Partei und im Land nicht geteilt zu haben, zutrifft. Dies tat ich in Verkennung der realen Lage und aus heutiger Sicht fälschlicherweise aus der Sorge, daß Differenzen im Politbüro in einer angespannten Situation die Einheit der Partei gefährden würden. Ich sehe die Ursache meiner Fehleinschätzung darin, daß ich das reale Leben im Lande in der letzten Zeit nicht unmittelbar wahrnahm. Ich täuschte mir etwas vor und ließ mich oft bei Besuchen im Lande täuschen.“

Erich Honecker geht dann weiter auf seine Erkrankung, die Operation und seinen damaligen Zustand ein, um dann Bezug zu nehmen auf einen Brief vom 14. November, in dem er sich verwarnte „gegen den inzwischen erhobenen Vorwurf des Macht- und Amtsmissbrauches“. Dazu erklärte Erich Honecker: „Zu keiner Zeit meiner Tätigkeit in Partei und Staat sind meine Handlungen – deren oberstes Gebot immer das Wohl unseres Volkes war – mit diesen Vorwürfen in Verbindung zu bringen. Dies erkläre ich in voller Verantwortung für begangene Fehlentscheidungen, die ich in meinen ehemaligen Funktionen mit zu tragen habe.“

In seinem Schreiben kommt Erich Honecker zu keiner realistischen und akzeptablen Schlußfolgerung, sondern beharrt hauptsächlich auf alten, überholten Argumenten. Nach einer nicht überzeugenden, ja fehlerhaften, falschen Wertung der Wirtschafts- und Sozialpolitik sagt Erich Honecker weiter: „Wir haben die Stimmen aus der Partei nach dem 8. Plenum nicht ernsthaft beachtet, die davon zeugten, daß die Probleme, die auf ihm behandelt wurden, nicht Antwort auf die Fragen gaben, die schon damals in der Partei und im Volk gestellt wurden.“

In der Stellungnahme Erich Honeckers heißt es weiter: „Die eingetretene Krise in der DDR, die großen Disproportionen in der Volkswirtschaft und die in Ver-

211 Vgl. ND, 17. November 1989.